



PROJEKT L6 – DETAILPROJEKT L6\_KO\_00.59  
Einreichunterlagen für das  
UVP-Änderungs-Genehmigungsverfahren §18(b)

Technisches Projekt  
E-Gebäude Maschinenhaus

Bereich: KO – Kokerei

## BETROFFENE FACHBEREICHE

Nr.	Fachbereich gem. UVP-Einreichung	betroffen
D 01	Verkehrstechnik / Raumplanung	nein
D 02	Schalltechnik (Betriebs- und Baulärm) / Erschütterungen	nein
D 03	Strahlenschutz	nein
D 04	Arbeitnehmerschutz und Sicherheitstechnik	ja
D 05	Brandschutz	ja
D 06	Energiewirtschaft/Energieeffizienz	nein
D 07	Abfallwirtschaft	nein
D 08	Human-/Umweltmedizin	nein
D 09	Luftgüte und Klima (inklusive Deposition)	nein
D 10	Wasserwirtschaft Allgemein / Gewässerökologie / Fischereiwirtschaft	ja
D 11	Geologie / Hydrogeologie / Ausgangszustandsbericht	nein
D 12	Wald-/Forstwirtschaft	nein
D 13	Ökotoxikologie, Bodenschutz und Landwirtschaft	nein
D 14	Naturschutz (Tiere, Pflanzen, Lebensräume)	nein
D 15	Messkonzept	nein
D 16	Elektrotechnik – übergeordnet	nein
D 17	Eisenbahntechnik	nein
D 18	SEVESO Allgemein	nein
D 19	Jahresbericht	nein
D 20	Gewerbetechnik	ja
D 21	REACH-Chemikalien	nein
D 22	Schiffe und Hafenbetrieb	nein
D 23	Bautechnik	ja
D 24	Luftfahrttechnische Belange	nein
D 25	Gefahrguttransport	nein

## INHALTSVERZEICHNIS

1	GRUNDLAGEN .....	5
1.1	Relevante vorliegende Bescheide .....	5
1.2	Technische Projektgrundlagen .....	5
1.3	Gesetze und Verordnungen, Normen und Richtlinien .....	5
2	ALLGEMEINE PROJEKTANGABEN .....	6
2.1	Bewilligungswerbendes Unternehmen .....	6
2.2	Projektkurzbeschreibung / Änderungsbeschreibung .....	6
2.3	Anlagenpersonal .....	6
2.4	Betriebszeitraum der Anlagen .....	6
2.5	Termine Bescheid in diesem Jahr .....	6
2.6	Standort- und Situierungsbeschreibung .....	7
	2.6.1 Standort der Anlagen .....	7
	2.6.2 Grundstücksdaten .....	7
	2.6.3 Flächenwidmung .....	7
	2.6.4 Betriebliche Zu- und Abfahrten .....	7
3	ANLAGEN- UND BETRIEBSBESCHREIBUNG .....	8
3.1	Zweckbestimmung der Anlagen .....	8
3.2	Übersicht über die technischen Einheiten - Änderungsmaßnahmen .....	8
3.3	Beschreibung der technischen Einheiten inkl. technische Daten .....	9
	3.3.1 Elektrische Anlagen / Blitzschutz .....	9
	3.3.2 Laser .....	9
	3.3.3 Sonstige Strahlenquellen .....	9
	3.3.4 Aufzug (Aufzugsicherheitsverordnung) .....	9
	3.3.5 Krane und Hebezeuge .....	9
	3.3.6 HKLS .....	10
3.4	Infrastrukturelle Einrichtungen .....	12
	3.4.1 Versorgung .....	12
	3.4.2 Entsorgung .....	12
4	EINSATZSTOFFE / ENERGIEN / WASSER / BETRIEBSMITTEL und HILSSTOFFE .....	13
5	BAUBESCHREIBUNG .....	14
6	BRANDSCHUTZ .....	15
7	EMISSIONSSITUATION .....	16
7.1	Luft .....	16
7.2	Wasser .....	16
	7.2.1 Niederschlagswasser .....	16
	7.2.2 Kühlwasser .....	17
	7.2.3 Betriebliches Abwasser .....	17
	7.2.4 Baugrubenwasser .....	17
	7.2.5 Aarhus-Übereinkommen – Hinweis .....	18
7.3	Boden- und Grundwasserschutz .....	19
	7.3.1 Wassergefährdende Stoffe / Flüssigkeiten .....	19
	7.3.2 Medienbeständigkeit .....	19

## PROJEKT L6 – Detailprojekt L6\_KO\_00.59

Einreichunterlagen für das UVP-Änderungs-Genehmigungsverfahren §18(b)

E-Gebäude Maschinenhaus

KO-Kokerei

---

7.4	Lärm .....	19
8	ABFALLWIRTSCHAFT .....	20
8.1	Grundbedingungen .....	20
8.2	Besondere Bedingungen .....	20
9	ARBEITNEHMERSCHUTZ / SICHERHEIT .....	21
9.1	Grundbedingungen .....	21
9.2	Arbeitnehmerschutz .....	21
9.3	Beurteilung des Fluchtwegkonzeptes: .....	23
9.4	Maschinensicherheit .....	23
9.5	Explosionsschutz .....	23
10	IPPC - RELEVANTE KRITERIEN .....	24
10.1	Grundbedingungen .....	24
10.2	Besondere Bedingungen .....	24
11	ANHANG .....	25
11.1	Pläne / Zeichnungen .....	25
11.2	Sicherheitsdatenblätter .....	25
11.3	Baubeschreibung .....	25
11.4	Brandschutzkonzept .....	25
11.5	Sonstige .....	25

# 1 GRUNDLAGEN

## 1.1 Relevante vorliegende Bescheide

### □ UVP-BESCHEID

Bescheid vom	Geschäftszahl	Genehmigung für
01.10.2007	UR-2006-5242/ 442-Re/Wa/Rs/Ws	voestalpine Stahl GmbH, voestalpine Grobblech GmbH Projekt "L6", Genehmigung nach dem UVP-G 2000
13.03.2014	AUWR-2006- 5242/4175- Öl/Kad	voestalpine Stahl GmbH, Projekt "L6", D 05 und D 04 (max. Fluchtweglänge); Änderungsgenehmigung gemäß § 18b UVP-G 2000
24.02.2015	AUWR-2006- 5242/4137-Gs/Ri	voestalpine Stahl GmbH, Projekt "L6", Projekt D 20.001, horizontale Bescheidkonsolidierung für den Fachbereich Elektrotechnik, Erdung, Blitzschutz, Sicherheitsbeleuchtung, Verfahren gemäß §18b UVP-G 2000
12.09.2017	AUWR-2008- 25978/1442-H/A	voestalpine Stahl GmbH, Vorhaben "L6", Änderungsprojekt L6 KO 00.29 – KG-Leitung nach Maschinenhaus – Kenntnisnahme einer Änderung

## 1.2 Technische Projektgrundlagen

Bezeichnung	Textverweis
Einreichunterlagen für das Projekt L6 vom Oktober 2006	Ordner B_KO 01, C_KO_01
Technische Beschreibung zur Einreichung	Ordner L6_KO_00.59_E-Gebäude_Maschinenhaus

## 1.3 Gesetze und Verordnungen, Normen und Richtlinien

Es sind keine zusätzlichen Gesetze, Verordnungen oder Normen/Richtlinien bezogen auf die ursprüngliche Einreichung relevant. Auf das nochmalige Anführen der Gesamtliste wird daher verzichtet.

Die Gültigkeit der gesetzlichen Grundlagen bezieht sich selbstverständlich auf die zum Zeitpunkt des gegenständlichen Projektes gültige Fassung.

## 2 ALLGEMEINE PROJEKTANGABEN

### 2.1 Bewilligungswerbendes Unternehmen

voestalpine Stahl GmbH  
A-4030 Linz, voestalpine-Straße 3

Ansprechperson:

Ing. Mag. Mike Klaffenböck  
voestalpine Stahl GmbH  
Rechtsabteilung  
A-4030 Linz, voestalpine-Straße 3  
Tel.: 050304 / 15-4252  
e-mail: mike.klaffenboeck@voestalpine.com

### 2.2 Projektkurzbeschreibung / Änderungsbeschreibung

Im Rahmen des gegenständlichen Projektes wird ein neues E-Gebäude östlich des Kokerei Maschinenhauses (Kokereistraße 34) errichtet.

### 2.3 Anlagenpersonal

Keine Änderung zum Bestand.

### 2.4 Betriebszeitraum der Anlagen

Die gegenständlichen Anlage wird im nachfolgend angegebenen Betriebszeitraum betrieben:

- 24 Stunden am Tag

### 2.5 Termine Bescheid in diesem Jahr

Geplanter Baubeginn:	Kalenderjahr 2026 / Quartal 2
Voraussichtliche Fertigstellung / IBN:	Kalenderjahr 2027 / Quartal 4

## 2.6 Standort- und Situierungsbeschreibung

### 2.6.1 Standort der Anlagen

Sämtliche projektgegenständliche Änderungen werden auf dem Betriebsgelände der voestalpine Stahl GmbH im Bereich des bestehenden Kokerei Maschinenhaus durchgeführt.

Die planliche Darstellungen der Änderungen befinden sich unter den Anhängen im Kapitel 11.1 Pläne / Zeichnungen.

### 2.6.2 Grundstücksdaten

Grundstücksnummer:	146/12
Einlagezahl:	24
Katastralgemeinde:	St. Peter 45208

### 2.6.3 Flächenwidmung

Industriegebiet

### 2.6.4 Betriebliche Zu- und Abfahrten

Der gegenständliche Neubau kann über das bestehende werkseigene Straßennetz erreicht werden.

## 3 ANLAGEN- UND BETRIEBSBESCHREIBUNG

### 3.1 Zweckbestimmung der Anlagen

Die Energieversorgung ist ein zentraler Erfolgsfaktor für das Erreichen der Klimaziele und das Meistern der Energiezukunft der Voestalpine.

In der Kokerei soll daher die Elektrik (500V) im Maschinenhaus erneuert werden, um einen sicheren Umstieg gewährleisten zu können, ist die Errichtung eines neuen E-Gebäudes erforderlich.

Errichtet wird ein neues Gebäude inklusive der zugehörigen Technik (500V Verteilanlage für diverse Pumpen, Heizungen und Antriebe) und Klimatisierung.

### 3.2 Übersicht über die technischen Einheiten - Änderungsmaßnahmen

Die bestehende elektrische Versorgung der Kokerei befindet sich im bestehenden Maschinenhausgebäude.

Die geplante Erneuerung der Elektrik erfordert den Bau eines neuen E-Gebäudes, in dem die neue Anspeisung der 1:1 parallel aufgebaut und in Etappen umgeschlossen wird.

Das neue E-Gebäude soll dabei die Basis für eine moderne und zuverlässige Energieversorgung für den Bereich der Kokerei bilden.

Für das neue E-Gebäude erfolgt eine Adaptierung der Bestandsleitungen nach Bedarf. Alle weiteren Details der Bauausführung bitten wir der Baubeschreibung, den zugehörigen Plänen, den Ausführungen in den Kapiteln 7, 8 und 9, sowie der brandschutztechnischen Betrachtung zu entnehmen.



### 3.3 Beschreibung der technischen Einheiten inkl. technische Daten

#### 3.3.1 Elektrische Anlagen / Blitzschutz

E-Installation:	Ausführung gemäß den derzeit geltenden ÖVE-Vorschriften Elektrische Anschlussleistung: ~ 500 kW
Blitzschutzanlage:	Ausführung gemäß ÖVE ÖNORM EN 62305. Siehe dazu Anhang 11.5.3 EN 62305-3 Bb 2 2013 Blitzschutz-Schutz (Blitzschutzklasse 3)
Erdungsanlage:	Einbindung in den Potentialausgleich Ausführung gemäß ÖVE E 8101 und ÖVE E8014
Notstrom:	Nicht relevant.

#### 3.3.2 Laser

Nicht relevant.

#### 3.3.3 Sonstige Strahlenquellen

Nicht relevant.

#### 3.3.4 Aufzug (Aufzugsicherheitsverordnung)

Nicht relevant.

#### 3.3.5 Krane und Hebezeuge

Nicht relevant.

### 3.3.6 HKLS

#### □ Klimaanlage

Einsatzbereich: E-Gebäude ohne ständige Arbeitsplätze

Funktionen: Filtern, Kühlen, Außenluftversorgung

Hauptkomponenten:

- Luftbehandlungsgerät Klimaschrank (Filter, Kühlregister, Ventilator)
- Außenluftventilator
- Luftkanalnetz mit Luftverteilelementen und Ansaugementen
- Regelung, Elektrik

Rückluft wird über ein Luftkanalsystem aus dem Raum angesaugt, mit einer konstanten Menge von Außenluft gemischt, gefiltert, gekühlt und über ein Kanalnetz und Verteilelemente in den Raum geblasen. Die Umluftmenge wird nach der maximalen Verlustwärme im Raum dimensioniert.

Die Außenluftmenge wird nach dem Raumvolumen dimensioniert und bewirkt einen Überdruck im Raum, der das Eindringen von Staub aus der Umgebung verhindert.

Zur Gebäudeheizung (Stillstandsheizung) sind Elektroluftheizgeräte vorgesehen, die eine Mindestraumtemperatur von 10°C sicherstellen.

#### □ Kälteversorgung

Die Kühlung erfolgt über Brunnenwasser (15°C) das vom Betrieb zur Verfügung gestellt wird.

Kältemittel:	R410A
Kältemittelmenge:	ca. 7kg
Wasser	Brunnenwasser 15°C
Wasserverbrauch	ca. 1,5m <sup>3</sup> /h
Strombedarf	6,08kW
Kühlleistung	25kW
Schalldruckpegel (2m)	58dB (A)

□ Elektrischer Heizlüfter

Einsatzbereich: Stillstandsheizung für Technikräume

Wand- oder Deckenluftheizgerät mit elektrischem Heizregister. Das Heizregister ist durch einen integrierten Thermostat gegen Überhitzung geschützt.

Heizleistung und Anzahl sind so dimensioniert, dass bei extrem tiefen Außentemperaturen und Stillstand der Produktion eine Mindestraumtemperatur von 10°C gehalten werden kann.

□ Sicherheitsmaßnahmen

- Alle Luftbehandlungsgeräte und Ventilatoren werden mit Revisionsschaltern zur allpoligen Abschaltung ausgerüstet.
- Bei Eingängen zu Technikräumen werden Sicherheitsnotschalter zur Abschaltung aller Maschinen im Raum vorgesehen.
- Wo Luftkanäle Brandabschnitte durchdringen, werden Brandschutzklappen mit elektrischen Federrückzugmotoren, thermischer Auslösung und Endschalter vorgesehen. Die Endstellungen der Klappen werden auf dem örtlichen Schaltschrank signalisiert.
- Die lufttechnischen Anlagen werden mit der Brandmeldeanlage so verriegelt, dass bei Ansprechen eines zugeordneten Brandmelders die Brandschutzklappen geschlossen und die Ventilatoren abgeschaltet werden.

□ Sanitär

Neue Sanitäreinrichtungen werden nicht geplant, diese befinden sich in ausreichender Zahl in unmittelbarer Nähe.

## 3.4 Infrastrukturelle Einrichtungen

### 3.4.1 Versorgung

#### ❑ WASSERVERSORGUNG

Die Wasserversorgung erfolgt über das bestehende Werksnetz.

#### ❑ ENERGIEVERSORGUNG

Die Versorgung der Elektrischen Energie erfolgt über das bestehende Werksnetz. Die Stromversorgung erfolgt aus der bestehenden TSS Station in der Kokerei.

### 3.4.2 Entsorgung

Siehe Kapitel 8 Versorgung

## 4 EINSATZSTOFFE / ENERGIEN / WASSER / BETRIEBSMITTEL UND HILSSTOFFE

Parameter	Einheit	Voraussichtlicher Anschlusswert	Anmerkung
Elektrische Energie für die Antriebe der Anlage	kW	ca. 500	Versorgung und Beleuchtung
Kältemittel / R410A	kg	7	Klimaanlage
Brunnenwasser	m <sup>3</sup> / h	1,5	Kühlwasser

## 5 BAUBESCHREIBUNG

Siehe Anhang 11.3.1 Baubeschreibung

## 6 BRANDSCHUTZ

Siehe brandschutztechnische Betrachtung im Anhang 11.4.1

## 7 EMISSIONSSITUATION

### 7.1 Luft

Nicht relevant.

### 7.2 Wasser

#### 7.2.1 Niederschlagswasser

##### 7.2.1.1 Dachfläche

Gemäß planlicher Darstellung beträgt die Dachfläche des E-Gebäudes rund 54 m<sup>2</sup>. Die Ausführung erfolgt als Bitumendach auf Stahlbetondecke. Details ersuchen wir den Einreichplänen, **Anhang 11.1.3**. Einreichplan Dachdraufsicht, zu entnehmen.

Die Ableitung der Dachwässer / Niederschlagswässer erfolgt über die Abtropfkante diese werden neben dem Objekt zur Versickerung gebracht.

Eine wasserrechtliche Bewilligung dafür erscheint aufgrund des vorangeführten Leitfadens des Amtes der OÖ Landesregierung, Kapitel 3.5, nicht erforderlich, daher wird von einem Konsensantrag Abstand genommen.

##### 7.2.1.2 Befestigte Fläche (Fahrfläche)

Nicht relevant.



## 7.2.2 Kühlwasser

Für die Klimatisierung der Räumlichkeiten wird ein Klimagerät verwendet. Dafür wird dies aus dem Rein- bzw. Nutzwassernetz Wasser entnommen.

### □ KLIMAANLAGE

Es wird eine Klimaanlage für das Gebäude installiert, die Errichtung erfolgt in einem Klimaschrank

Kältemittel	- -	R410A
Kältemittelmenge	kg	ca. 7
Strombedarf	kW	ca. 6,08
Kühlleistung	kW	ca. 25
Wasser	m <sup>3</sup> .h <sup>-1</sup>	ca. 1,5

Die Rückkühlung der Kondensatorseite erfolgt mittels wassergekühltem Kaltwassersatz (Nutzwasser).

Durch die Ableitung des Kühlwassers erfolgt in ein bestehendes Schmutzwasserkanal. Bei der Klimaanlage handelt es sich um eine Anlage mit einer Kältemittelmenge kleiner 10 kg. Derartige Klimaanlagen werden in das Klimaanlagenverzeichnis in der Abteilung TSE aufgenommen. Dieses Verzeichnis wird periodisch gemäß Bescheid GZ. AUWR-2008-10064/2271 vom 11.07.2023, Auflage I.2.E)5. der Behörde vorgelegt. Ein Antrag für eine eigene wasserrechtliche Bewilligung wird, wie in diesen Fällen bisher üblich, nicht gestellt.

## 7.2.3 Betriebliches Abwasser

Nicht relevant für gegenständliches Projekt.

## 7.2.4 Baugrubenwasser

Für die Errichtung der Betriebsanlage befindet sich die Bezugshöhe auf 255,35 müA und die Unterkanten der tiefsten Bauteile auf rund -1,10 m, somit auf 254,25 müA. Der Grundwasserspiegel liegt wesentlich tiefer, daher erübrigt sich eine Wasserhaltung.

## 7.2.5 Aarhus-Übereinkommen – Hinweis

Bei Vorhaben in Sinne von Art. 6 Abs. 1 Buchst. B des Aarhus Übereinkommens, die eine erhebliche Auswirkung auf den Zustand der Gewässer (Umwelt) haben können, hat eine Umweltorganisation ein Recht auf Beteiligung am Bewilligungsverfahren.

Die Verhinderung eines Verstoßes gegen die Verpflichtung des § 104a WRG 1959 umfasst u.a. die Fragen,

- ob bei einem Vorhaben eine Verschlechterung zu erwarten ist,
- ob diese eine erhebliche negative Auswirkung auf den Gewässerzustand erwarten lässt sowie
- ob ggf. der Abwägungsprozess der zu einer Ausnahmegenehmigung im Sinne des § 104a Abs. 2 WRG 1959 geführt hat gesetzeskonform durchgeführt wurde.

Zum § 104 Abs. 5 WRG 1959, welcher lautet:

Ein Vorhaben mit erheblichen negativen Auswirkungen auf den Gewässerzustand ist gegeben, wenn durch das Vorhaben Auswirkungen zu erwarten sind, die den Vorgaben des Art. 4 der Richtlinie 2000/60/EG oder der §§ 30a ff und § 104a WRG 1959, den jeweiligen Zustand der Gewässer zu erhalten oder den Zielzustand zu erreichen, entgegenstehen und

- bezogen auf eine biologische Qualitätskomponente des ökologischen Zielzustandes eines Oberflächenwasserkörpers (§ 30a) signifikant stärkere Störungen aufweisen oder
- zu einer in ihrer Intensität vergleichbaren Störung des chemischen Zielzustandes eines Wasserkörpers oder des mengenmäßigen Zielzustandes eines Grundwasserkörpers führen,

Dazu führen wir Folgendes an:

Durch das gegenständliche Projekt kommt es zu keiner erheblichen negativen Auswirkung auf den Gewässerzustand, es kommt zu keiner Verschlechterung des ökologischen Zielzustandes und auch zu keiner Störung des chemischen Zielzustandes des betroffenen Wasserkörpers und auch zu keiner Verschlechterung des mengenmäßigen Zielzustandes eines Grundwasserkörpers.

Begründung:

Die geplante Versickerung von Dachflächenwässer entspricht aufgrund der vorgesehenen Versickerungsanlagen dem Stand der Technik und ist als geringfügig einzustufen, zumal es sich hinsichtlich einer Beurteilung auf Grundlage des Leitfadens zur Verbringung von Niederschlagswässern von Dachflächen und befestigten Flächen, herausgegeben vom Amt der OÖ Landesregierung, Jänner 2021, um eine bewilligungsfreie Maßnahme handelt.

Das Kühlwasser aus der Klimaanlage wird ordnungsgemäß abgeleitet und wurde bereits im Rahmen der UVP-Gesamtbetrachtung einer Beurteilung unterzogen und als umweltverträglich beurteilt.

Baugrubenwässer fallen nicht an und sind daher nicht relevant.

## 7.3 Boden- und Grundwasserschutz

### 7.3.1 Wassergefährdende Stoffe / Flüssigkeiten

Mit Ausnahme von Kältemittel R410A werden keine wassergefährdenden Stoffe verwendet oder gelagert.

### 7.3.2 Medienbeständigkeit

Nicht relevant.

## 7.4 Lärm

Nicht relevant.

## 8 ABFALLWIRTSCHAFT

### 8.1 Grundbedingungen

Die Entsorgung anfallender Abfälle erfolgt gemäß Fachbeitrag D\_07 Abfallwirtschaftskonzept der Einreichunterlagen zum Projekt L6 vom Oktober 2006 bzw. gemäß der Aktualisierung des Abfallwirtschaftskonzeptes vom 25.10.2022. Die nächste Aktualisierung des Abfallwirtschaftskonzeptes erfolgt mit Oktober 2025.

### 8.2 Besondere Bedingungen

#### □ Bau / Abriss / Aushub / Demontage

Bei den Arbeiten fallen unter 500 m<sup>3</sup> Material an - diese Menge fällt daher unter die Kleinmengenregelung. Das Material wird den voestalpine -internen Richtlinien entsprechend verwertet / entsorgt. Die Dokumentation erfolgt mittels Baurestmassennachweisformularen durch die Projektverantwortlichen. Aufgrund der Kleinmengenregelung ist kein gesondertes Entsorgungskonzept zu erstellen.

Durch Demontage anfallende nicht mehr verwendbare Teile werden voestalpine intern aufbereitet und in den metallurgischen Prozess des integrierten Hüttenwerkes zugeführt (Eisen- und Stahlteile) bzw. an autorisierte externe Abfallsammlungs- und -Abfallbehandlungsunternehmen übergeben.

#### □ Betrieb, Wartung- und Instandsetzung

Prinzipiell fallen qualitativ keine neuen Abfälle beim Betrieb der projektsgegenständlichen Anlagen an, da bereits jetzt schon gleichartige Anlagen in Betrieb sind.

## 9 ARBEITNEHMERSCHUTZ / SICHERHEIT

### 9.1 Grundbedingungen

Grundsätzliche, allgemein gültige arbeitnehmerschutz- und sicherheitstechnische Belange bitten wir, dem Fachbeitrag D\_04 "Arbeitnehmerschutz/Sicherheitstechnik" zu entnehmen.

### 9.2 Arbeitnehmerschutz

#### Allgemeines

Im Bereich des E-Gebäudes sind keine ständigen Arbeitsplätze eingerichtet. Die neuen Räumlichkeiten werden nur für Reparatur, Wartung und Kontrollgänge betreten.

#### Arbeitsplätze

Es werden keine ständigen Arbeitsplätze eingerichtet. Der Betrieb der Anlagen ist ein vollautomatischer. Die Automatisierung wird in das bestehende System eingebunden.

#### Betriebszeitraum

siehe Kapitel 2.4

#### Bühnen/Treppen/Laufstege

Trittstufen und sämtliche Begehflächen werden statisch entsprechend ausgelegt, mit trittsicherem Belag versehen und entsprechend gesichert.

Die Anzahl der Stufen, Stufenhöhen und Stufenbreiten, Geländerausführungen entsprechen den Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung bzw. ÖNORM EN 14122/1-3.

Beleuchtung:

Adaptierungen des Bestands gemäß den derzeit geltenden ÖVE-Vorschriften  
Beleuchtungsstärken gemäß ÖNORM EN 12464-1 / -2 Licht und Beleuchtung Be-  
leuchtung von Arbeitsstätten - Teil 1 und Teil 2.

Sicherheitsbeleuchtung:

Die Auslegung der Sicherheitsbeleuchtung erfolgt gemäß der SVA „Beschreibung der  
Regelungen, betreffend wiederkehrende elektrotechnische Überprüfungen und Si-  
cherheitsbeleuchtungsauslegung innerhalb der voestalpine Stahl GmbH" in der ak-  
tuell gültigen, nachweislich mit Behörde abgestimmter Fassung unter Berücksichti-  
gung der ÖVE E 8101.

Heizung:

Siehe Kapitel 3.3.6 HKLS Elektrischer Heizlüfter. Bei Stillstand der Produktion ist si-  
chergestellt, dass eine Mindestraumtemperatur von 10°C gehalten werden kann.

Lüftung:

Siehe Kapitel 3.3.6 HKLS Lüftungsanlage mit mechanischer Abluft, Zuluft durch Un-  
terdruck.

Klima:

Siehe Kapitel 3.3.6 HKLS Klimaanlage und Kälteversorgung.

Lärmschutzmaßnahmen:

Nicht relevant.

Sanitäranlagen

Siehe Punkt 3.3.6 HKLS Sanitär.

Orientierungshilfe:

Orientierungshilfen werden entsprechend der örtlichen Gegebenheiten angebracht.

Absturzsicherung:  
Nicht relevant

### 9.3 Beurteilung des Fluchtwegkonzeptes:

Da bei gegenständlichen Projekt alle Fluchtweglängen <40m betragen kann auf eine Risikobeurteilung der Fluchtwege verzichtet werden.

Im Verlauf von Fluchtwegen (Türen, Gänge) dürfen keine Lagerungen vorgenommen werden. Fluchtwege, Notausgänge oder Notausstiege werden jederzeit benützbar und unversperrt gehalten.

### 9.4 Maschinensicherheit

Neu errichtete Maschinen werden mit entsprechenden Konformitätserklärungen gemäß Maschinenrichtlinie In-Verkehr gebracht. Diese Erklärungen liegen innerbetrieblich zur Einsichtnahme auf.

#### Reparatur / Wartung / Instandhaltung

Diese Tätigkeiten erfolgen nur bei gesichertem Stillstand der Anlage. Reparaturarbeiten werden nur von befugtem Fachpersonal bzw. unter deren Aufsicht durchgeführt. Die gegenständlichen Anlagen werden nur von geschulten Fachkräften gewartet. Arbeiten an der elektrischen Installation werden ausschließlich von Elektrofachkräften ausgeführt. Über diese Wartungstätigkeiten werden Aufzeichnungen geführt.

### 9.5 Explosionsschutz

Im Betrachtungsbereich ist geplant eine Kleinst-USV (1-2 Batterien als reiner Zukaufteil vom Inverkehrbringer der USV) zu integrieren. Da die Ausführungsform (ev. Lilonen) noch nicht fixiert ist, wird die Beurteilung des Ex-Schutzes im Rahmen des Detail-Engineerings erst durchgeführt.

Die USV wird entsprechend den Vorgaben des Herstellers der USV so wie er Sie in seiner Betriebsanleitung anführt verbaut. Die Zoneneinteilung erfolgt entsprechend den Vorgaben des USV-Lieferanten.

## 10 IPPC - RELEVANTE KRITERIEN

### 10.1 Grundbedingungen

An dieser Stelle wird auf die Ausführung der BAT-Beschreibung im Ordner B\_LD\_01 verwiesen.

### 10.2 Besondere Bedingungen

Durch die vorgesehenen Änderungsmaßnahmen wird analog der bereits im Zuge der UVP-Einreichung zum gegenständlichen Produktionsbereich dargelegten Verfahrens- und Anlagentechnik ausreichend Vorsorge zur Minimierung der Emissionen nach dem Stand der Technik getroffen



## 11 ANHANG

### 11.1 Pläne / Zeichnungen

- 11.1.1 Werksübersichtsplan
- 11.1.2 Katasterplan
- 11.1.3 Einreichplan Schnitte
- 11.1.4 Einreichplan Ansichten

SAP Nr.: 2330648  
SAP Nr.: 2330649  
SAP Nr.: 2330649

### 11.2 Sicherheitsdatenblätter

Keine.

### 11.3 Baubeschreibung

- 11.3.1 Baubeschreibung

### 11.4 Brandschutzkonzept

- 11.4.1 Brandschutztechnische Betrachtung

### 11.5 Sonstige

Keine.